

NACHRICHTEN

NRW-SPD versucht einen Neustart

Mitgliederstärkster SPD-Landesverband steht vor Personalveränderungen und will AfD an der Ruhr zurückdrängen

Thüringen erteilt 67 Spielhallen keine neue Konzession

Erfurt. Ein neues Gesetz trifft Betreiber von Spielhallen in Thüringen hart: 67 Betriebe haben vergangenes Jahr ihre Konzession verloren. Am stärksten betroffen ist Gera, wo von 28 erfassten Spielhallen Ende 2016 ein Jahr später nur noch sieben mit einer regulären Erlaubnis des Landes übrig geblieben sind. Das geht aus Zahlen des Wirtschaftsministeriums hervor. Landesweit sank die Zahl der Konzessionen von 415 im Jahr 2016 auf 348 ein Jahr später. Grund für den deutlichen Rückgang sind neue Regeln, die im Thüringer Spielhallengesetz festgelegt sind. Das Land setzte damit Vorgaben des Glücksspielländerstaatsvertrags um, auf die sich die Bundesländer zuvor geeinigt hatten. Eine Übergangsfrist für bestehende Spielhallen lief im Sommer 2017 aus. Laut Wirtschaftsministerium war das Ziel der Ländervereinbarung in erster Linie die Suchtprävention, »die nicht zuletzt durch eine Reduzierung des gewerblichen Glücksspielangebots erreicht werden soll«. *dpa/nd*

Ex-Ministerin räumt falsche Angaben ein

Erfurt. Thüringens ehemalige Bildungsministerin Birgit Klauert (LINKE) hat zugegeben, vor einem Untersuchungsausschuss falsche Angaben gemacht zu haben. Es geht dabei um Aussagen zur Lauinger-Affäre. Der Ausschuss soll prüfen, ob Thüringens Justizminister Dieter Lauinger (Grüne), sein Amt missbrauchte, um seinem Sohn einen Vorteil in der Schule zu verschaffen. Klauert gab nun zu, schon im Mai und nicht erst im Juni 2016 erfahren zu haben, dass die Familie Lauinger eine Prüfungsbefreiung für ihren Sohn beantragt habe. Klauert betonte aber, dass sie sich formal keiner Falschaussage schuldig gemacht habe, weil ihre Vernehmung formal nicht abgeschlossen gewesen sei. Der CDU-Obmann im Ausschuss, Jörg Geibert, hatte Klauert wegen der unterschiedlichen Angaben zuletzt der Falschaussage beschuldigt. *dpa/nd*

Behandlungsfehler in Sachsen rückläufig?

Dresden. Gutachter haben 2017 in 45 Fällen ärztliche Behandlungsfehler festgestellt. Das waren sieben weniger als im Jahr zuvor, wie die Landesärztekammer in Dresden vom Montag mitteilte. Sie beauftragt dabei auf den Jahresbericht ihrer Gutachterstelle für Arzthaftungsfragen. Dabei handelt es sich jedoch nur um die offiziell registrierten Fälle. »Jeder Behandlungsfehler ist ein Fehler zu viel«, sagte Kammerpräsident Erik Bodendieck. Die angesichts von rund 32 Millionen ambulanten und stationären Behandlungsfällen insgesamt geringe Anzahl sei ein Indiz für die verantwortungsvolle Tätigkeit der Ärzte, Schwestern und Pfleger – trotz extremer Arbeitsverdichtung in Praxen und Kliniken. 2017 gingen bei der Gutachterstelle insgesamt 356 Anträge wegen eines vermuteten Behandlungsfehlers ein (2016: 363); in 234 Fällen (233) wurden Begutachtungen ausgelöst. *dpa/nd*

Erste Medizinstipendien für zukünftige Landärzte

Rostock. In Rostock sollen am Mittwoch 16 Medizinstudenten die ersten speziellen Stipendien von Mecklenburg-Vorpommerns Gesundheitsminister Harry Glawe (CDU) erhalten, mit denen der Ärztemangel auf dem Land bekämpft werden soll. Die Studierenden erhalten monatlich 300 Euro und verpflichten sich dafür, nach Studium und Facharztweiterbildung für mindestens fünf Jahre im ländlichen Raum oder im öffentlichen Gesundheitsdienst zu arbeiten, teilte das Gesundheitsministerium mit. Halten sie sich nicht daran, kann das Geld zurückgefordert werden. *dpa/nd*

Die GroKo in Berlin steht – jetzt ist der große nordrhein-westfälische SPD-Landesverband dabei, sich neu zu sortieren. Landeschef Groschek gab den Startschuss – er macht den Weg für Jüngere frei.

Von Dorothea Hülsmeier, Düsseldorf

Nach dem wochenlangen Kampf um die Große Koalition im Bund muss sich die nordrhein-westfälische SPD wieder mit ihrer eigenen Zukunft beschäftigen. Bald ein Jahr seit der schweren Schlappe bei der Landtagswahl steht der mitgliederstärkste SPD-Landesverband vor einem inhaltlichen und personellen Neuanfang.

Den Startschuss gab Landeschef Michael Groschek am Freitagabend – indem er auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz verzichtete. »Jünger und weiblicher« solle die Partei jetzt werden, sagte er. Wobei das Gesicht der NRW-SPD ja über Jahre lang weiblich geprägt war – durch die einstige Vorsitzende und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Groschek hatte nach der Wahlniederlage das Ruder in der schwer angeschlagenen Landespartei übernommen.

»Wir werden eine große personelle Erneuerung an der Spitze der SPD erleben«, verkündete der 61-Jährige und eröffnete damit das Rennen um die Führungspositionen. Keiner der potenziellen Kandidaten, deren Namen seit Wochen gestreut werden, hat sich bisher aus der Deckung getraut. Genannt werden etwa der Kölner Landtagsabgeordnete Martin Börschel (45), Partei-Vize Marc Herter (43) oder auch Ex-Justizminister Thomas Kutschaty (49).

Unter den Frauen, die auf Svenja Schulze als Generalsekretärin folgen könnten, werden Sarah Philipp (35) aus Duisburg und die Dortmunder Unterbezirkschefin Nadja Lüders (47) ins Spiel gebracht. Klauert hatte am Montag den Landesvorstand von September auf den 23. Juni vor – und erhöhte damit den Druck, rasch neues Führungspersonal zu finden.

Damit die Kür nicht aus dem Ruder läuft, soll eine Art Findungskommission »im kleinen Kreis« ein Personaltableau für die wichtigsten Posten aufstellen, das dann von Präsidium und Landesvorstand abge-



Noch einen Kaffee auf den Weg: Michael Groschek gibt den Vorsitz bei Nordrhein-Westfalens SPD ab.

Foto: dpa/Martin Gerten

segnet und vom Parteitag beschlossen werden soll. Personalquerelen, wie sie die Bundes-SPD vormachte, will Groschek vermeiden. Aber es soll auch nicht so aussehen, als wolle die engere Parteiführung kungeln.

»Jeder und jede hat das Recht, sich für Spitzenpositionen zu bewerben«, sagt Groschek. »Aber nur ganz wenige haben die Fähigkeit dazu.« Und: Ja, natürlich habe er schon Vorstel-

lungen, wer künftig die NRW-SPD anführen könnte.

Auch ein weiterer wichtiger Posten, der SPD-Fraktionsvorsitz im Landtag, ist neu zu vergeben. Wohl Ende Mai soll ein Nachfolger für Fraktionschef Norbert Römer (71) gewählt werden. Auch da will Groschek Konsens statt Kampf. Natürlich könne die SPD-Fraktion selber über ihre Personalien entscheiden, betont er. Aber

er spiele in dem Prozess eine »moderierende Rolle«. Denn beim Personaltableau werden auch die vier SPD-Regionen ein gewichtiges Wort mitreden wollen, heißt es in der Partei. Derzeit stellt das westliche Westfalen die meisten Abgeordneten. Wenn es nach der Stärke der Region ginge, könnten etwa Marc Herter aus Hamm und auch Nadja Lüders aus Dortmund recht gute Chancen haben.

Im Nordosten soll es ein Generalsekretär richten

Güstrow. Die Modernisierung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern soll künftig von einem Generalsekretär begleitet werden. Das Amt soll der stellvertretende Landesvorsitzende Julian Barlen übernehmen, sagte die Vorsitzende der Landes-SPD, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, am Wochenende in Güstrow. In der Stadt waren der Landesvorstand und der Landesparteirat – die Vertretung der acht Kreisverbände – in eine zweitägige Klausur gegangen. Die Gremien seien ihrem Vorschlag einstimmig gefolgt, das Amt zu schaffen und mit Barlen zu besetzen, sagte Schwesig, die auch Bundes-Vizevorsitzende ist. Über die Satzungsänderung soll ein Sonderparteitag am 26. Mai entscheiden. Dann sollen auch der Generalsekretär und ein neuer Vize-Vorsitzender gewählt

werden, kündigte Schwesig auf einer Mitgliederkonferenz ebenfalls am Wochenende an.

Der 38-jährige Barlen sagte, er würde die Zeit bis zum Parteitag gerne zu Gesprächen nutzen, um zu erfahren, welche Erwartungen an das Amt des Generalsekretärs gestellt würden. Der studierte Volkswirt war von 2011 bis 2016 Abgeordneter des Landtages. Derzeit leitet er unter anderem die Projekte Endstation Rechts und Storch Heinar. Über die Ausgestaltung des neuen Amtes – etwa ob es ein Haupt- oder Ehrenamt sein soll – wurde Schwesig zufolge noch nicht im Detail gesprochen. Auf der Mitgliederkonferenz rief Schwesig mit Blick auf die Kommunalwahl 2019 die Sozialdemokraten auf, sich in den Kommunen zu engagieren. *dpa/nd*

»Spinnerei vom nachhaltigen Leben« ist nicht erwünscht

Ausbau einer alten Fabrikrune in Neustadt/Nordsachsen zu einem Kultur- und Bildungsort wird von der Gemeinde behindert

Ein Verein in Sachsen will für mehr Bildung, Kultur und Umweltschutz sorgen. Die Gemeinde stellt sich quer. Doch immerhin gibt es einige prominente Unterstützer für das Projekt.

Von Karin Weitzke

Die »Spinnerei« ist ein Hof in Neustadt/Nordsachsen, gleich nebenan befindet sich der Tagebau Nochten, der das Kohlekraftwerk Boxberg beliefert. Der Name »Spinnerei« rührt von der darauf stehenden Fabrikrune, einer einstigen Holzspinnerei, her. Die Bewohner, drei junge Leute und inzwischen zwei Kinder, bauen seit sechs Jahren das einst völlig verwilderte Grundstück als Lebens- und Arbeitsort aus und um.

Sie gründeten 2013 den Verein »Eine Spinnerei vom nachhaltigen Leben e.V. – Naturbildung und Kulturangebote«. Das Jahresprogramm des Vereins umfasst Kurse und Workshops über nachhaltiges Wirtschaften, Handwerkliches, Bioanbau, Kräuterwandern und ein jährliches Kindercamp. Qi Gong, Filmveranstaltungen, Gesprächsrunden und Vorträge gehören dazu. Mit seinem Angebot setzt sich der Verein für mehr Umweltschutz in der Region ein.

Auf der Haben-Seite des Vereins steht das Bündnis »Strukturwandel jetzt – Kein Nochten II«, durch welches seit 2013 der Widerstand von Betroffenen gegen den Tagebauplan der Lausitz Energie Bergbau AG wieder aktiviert wurde.



Die alte Fabrikrune in Neustadt/Sachsen

Foto: Friederike Böttcher

Das nächste Vorhaben des Vereins ist der Ausbau der über 150 Jahre alten Fabrikrune zu einem Veranstaltungs- und Lernort. »Ziel ist, mit der Instandsetzung einen identitätsstiftenden Kulturort des nachhaltigen Handelns zu entwickeln, der auf die Region ausstrahlt. Dieser Ort soll darüber hinaus allen regionalen Akteuren für ihre Arbeit in den Bereichen Strukturwandel, Demokratie, Umweltschutz und nachhaltiges Leben zur Verfügung stehen«, heißt es im Exposé für dieses Projekt, welches gute Aussichten auf Förderung durch die Europäische Union hat. Der größte und wichtigste Raum in der

ersten Etage des Gebäudes bietet Platz für Veranstaltungen und Ausstellungen. Im Erdgeschoss befindliche Werkstätten ermöglichen praktisches Arbeiten im handwerklichen und künstlerischen Bereich. Das Gebäude ist umgeben von Flächen, die bereits jetzt schon für die Bildungs- und Kulturarbeit genutzt werden.

Leider behindert ein auffälliger Anbau am Fabrikgebäude weitere Planungen. Der Verein würde ihn ins Konzept einbinden – so würden künftige Nutzungen effektiver und kostengünstiger gestaltbar, was im beabsichtigten Förderantrag an die EU eine Rolle spielt. Man bemühte sich

deshalb seit 2013 um die Übereignung der noch bis Sommer 2017 herrenlosen winzigen Splitterfläche, auf der der Anbau steht. Bis heute erfolglos, weil sich die Gemeinde Spreetal quer stellt und im vergangenen Jahr selbst Eigentümer geworden ist. Die Begründungen der Gemeinde sind wenig überzeugend. Nach einer Zusage anlässlich einer Vor-Ort-Begehung am 26. Juni 2017 kam auf Nachfrage am 11. Juli die schriftliche Information, dass die Gemeinde Eigentümer bleiben werde und sich »auf eine allgemeine Nutzung festlegen« wird.

Heiko Kosel, Mitglied des Sächsischen Landtags (LINKE), ist mit den Vorhaben der »Spinner« vertraut. Er war am 26. Juni dabei und wandte sich am 11. August an die Gemeinde: »Mit Bedauern erreichte mich die Mitteilung, dass die Gemeinde Spreetal sich nun doch das herrenlose Grundstück 142/9, welches der Spinnerei e.V. so dringend für seine Arbeit benötigt, aneignen möchte.«

»Wir sehen gar keine Nutzungskonflikte zwischen der Gemeinde und dem Verein«, sagt Vereinssprecherin Friederike Böttcher. »Wir sind überzeugt, dass beide Seiten voneinander profitieren können und die Interessen der Gemeinde umgesetzt werden können, auch wenn das Grundstück im Spinnerei-Eigentum ist.«

Diese Auseinandersetzung mit der Gemeinde ist nicht die einzige. Vor gut drei Jahren stellte man seitens der Gemeinde fest, dass den »Spinnern« im Jahr 2011 das Grundstück zu Unrecht zuerkannt worden sei, da es mehr als

»Erneuerung« ist die Devise überall. Was aber inhaltlich neu werden soll, ist noch recht schwammig. »Es gibt viele unterschiedliche Vorstellungen, was man unter Erneuerung zu verstehen hat«, sagt der Essener SPD-Chef Kutschaty. »Es reicht nicht, dass ein Ortsverein eine WhatsApp-Gruppe gründet.« Die SPD müsse auch eine Haltung zu den »Altlasten« wie Hartz IV entwickeln. »Wollen wir Korrekturen?« Die Partei müsse Fehler benennen und »weg vom Kleinklein«. »Wir müssen Antworten finden auf die Zukunftsängste der Menschen«, sagt Kutschaty. Rente, Pflege, Integration seien die Mega-Themen vor Ort.

Gerade im Ruhrgebiet mit seinen sozialen Brennpunkten und dem Vormarsch der AfD in alten SPD-Bastionen müssen die Sozialdemokraten sich neu behaupten. »Politik kann nicht nur dagegen sein, man muss auch sagen, was die Alternative ist«, sagt Lüders. Und ja, auch die Basis müsse wieder eingebunden werden.

Das Prinzip »jung und weiblich« sieht Lüders eher nüchtern. »Weiblich und jung allein reicht nicht. Da muss schon etwas mehr dabei sein.« Lüders ist die bisher einzige, die offen mit Blick auf den Generalsekretärsposten sagt: »Zutrauen würde ich mir das, aber es kommt aufs Team an.«

Sollte der neue SPD-Vorsitzende ein Mann sein, so steht nämlich für die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen fest, dass der Posten des Generalsekretärs mit einer Frau besetzt wird. Das habe bislang auch niemand in der NRW-SPD infrage gestellt, sagt die Vorsitzende Daniela Jansen.

Beim Stichwort »jung« wollen natürlich die Jusos, die vergeblich gegen die Neuaufgabe der großen Koalition kämpften, an die Front. Sie fordern eine »radikale personelle Verjüngung« der Partei und »mindestens auf der Ebene der stellvertretenden Parteivorsitzenden« einen festen Platz für die Jusos.

Klar ist aber auch: Wer künftig an der Spitze der Fraktion oder Partei steht, muss das Zeug haben, Spitzenkandidat zu werden und CDU-Ministerpräsident Armin Laschet bei der nächsten Landtagswahl herauszufordern. Und was will Groschek künftig machen? »Mal gucken.« *dpa/nd*

drei Jahre im Außenbereich brach lag. Rechtsstreitigkeiten und ein Gerichtsverfahren brachten dem Verein Erfolg, die notwendigen Baugenehmigungen wurden erteilt. In der Vergangenheit gab es außerdem Briefkastensprengungen, Sachbeschädigungen, aber auch illegale Wasser-einleitungen in das angrenzende Flüsschen Struga, die zu Schäden am Grundstück führten.

Es ist offensichtlich, dass all dies mit dem von den »Spinnern« im Jahr 2013 initiierten Bündnis »Strukturwandel jetzt – kein Nochten II«, also dem Widerstand gegen den Tagebau zu tun hat. Das Bündnis hat zwar starke Mitstreiter und Verbündete, aber auch Gegner, so dass man sich von Seiten der Gemeindeverwaltung mit offener Unterstützung für das große Vereinsprojekt mehr als zurückhält. Heiko Kosel schrieb an die Gemeinde: »Gestatten Sie mir abschließend (...) den Hinweis, dass in anderen Gemeinden unserer Region der Zuzug junger engagierter Menschen mit allen nur möglichen Mitteln unterstützt (...) wird. Unterschiedliche politische Vorstellungen der Frage der zukünftigen Nutzung der Braunkohle in unserer Region sollten Verwaltungshandeln nicht beeinflussen.«

Inzwischen hat sich der Verein mit seinem Konzept an den Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages gewandt. Die Bearbeitung läuft noch. Dazu gibt es eine Unterstützerliste. Unterzeichner sind unter anderen die LINKEN-Bundestagsabgeordnete Caren Lay und Grünen-Chefin Annalena Baerbock.